

AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2023 • Zwölfte Sitzung • 16.03.23 • 08h15 • 20.089 Conseil des Etats • Session de printemps 2023 • Douzième séance • 16.03.23 • 08h15 • 20.089

20.089

Reform BVG 21

Réforme LPP 21

Differenzen - Divergences

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.02.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.03.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.03.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.03.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.03.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.03.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.03.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Reform der beruflichen Vorsorge)

Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (Réforme de la prévoyance professionnelle)

Art. 2 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Arbeitnehmer, die das 17. Altersjahr überschritten haben und bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 19 845 Franken beziehen (Art. 7), unterstehen der obligatorischen Versicherung.

Art. 2. al. 1

Proposition de la conférence de conciliation

Sont soumis à l'assurance obligatoire les salariés qui ont plus de 17 ans et reçoivent d'un même employeur un salaire annuel supérieur à 19 845 francs (art. 7).

Art. 7 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Arbeitnehmer, die bei einem Arbeitgeber einen Jahreslohn von mehr als 19 845 Franken beziehen ...

Art. 7 al. 1

Proposition de la conférence de conciliation

Les salariés auxquels un même employeur verse un salaire annuel supérieur à 19 845 francs ...

Art. 46 Abs. 1

Antrag der Einigungskonferenz

Der nicht obligatorisch versicherte Arbeitnehmer, der im Dienste mehrerer Arbeitgeber steht und dessen gesamter Jahreslohn 19 845 Franken übersteigt, kann sich entweder bei der Auffangeinrichtung, bei einer Vorsorgeeinrichtung seines Berufsverbandes oder bei der Vorsorgeeinrichtung, der einer seiner Arbeitgeber angeschlossen ist, freiwillig versichern lassen, sofern deren reglementarische Bestimmungen es vorsehen.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2023 • Zwölfte Sitzung • 16.03.23 • 08h15 • 20.089 Conseil des Etats • Session de printemps 2023 • Douzième séance • 16.03.23 • 08h15 • 20.089

Art. 46 al. 1

Proposition de la conférence de conciliation

Tout salarié au service de plusieurs employeurs, dont le salaire annuel total dépasse 19 845 francs, peut, s'il n'est pas déjà obligatoirement assuré, se faire assurer à titre facultatif auprès de l'institution supplétive, de l'institution de prévoyance de son organisation professionnelle ou de l'institution de prévoyance à laquelle est affilié l'un de ses employeurs, si les dispositions réglementaires de celle-ci le prévoient.

Art. 79b

Antrag der Einigungskonferenz Unverändert

Art. 79b

Proposition de la conférence de conciliation Inchangé

Ettlin Erich (M-E, OW), für die Kommission: Wir hatten gestern Morgen die Einigungskonferenz zur BVG-Reform. Ich kann das Resultat vorwegnehmen: Wir empfehlen Ihnen mit 18 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Resultat der Einigungskonferenz und damit die BVG-Reform, wie sie jetzt vorliegt, anzunehmen. Wir hatten noch zwei Differenzen zu klären. Es geht um die Eintrittsschwelle und um die Einkaufsmöglichkeiten bei Artikel 79b.

Zur Eintrittsschwelle: Dort war noch hängig, dass der Ständerat 17 208 Franken wollte – es geht um den Lohn, ab dem man versichert ist – und der Nationalrat 19 845 Franken vorsah. Zu den Grenzwerten sage ich dann noch etwas. Der Nationalrat hatte die Version mit 19 845 Franken mit 98 zu 83 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen, und Ihr Rat hatte die Variante mit 17 208 Franken mit 32 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Es wurde dann der Antrag gestellt, sich auf 19845 Franken zu einigen. Begründet wurde das mit dem sonst zu erwartenden Widerstand von Gewerbe und gewerbenahen Kreisen. Damit, mit 19845 Franken, könne man die Mehrheitsfähigkeit der Vorlage sichern. Die 19845 Franken sind auch quasi der Mittelwert zwischen dem heutigen Wert – das sind ungefähr 22000 Franken und noch ein paar Franken mehr – und den 17208 Franken des Ständerates. Mit 19845 Franken wären es, wie in den Verhandlungen, die wir geführt haben, schon gesagt und ausgeführt wurde, noch 100000 Menschen, die neu in die Versicherung kämen oder besser versichert wären, und bei 17208 Franken wären es 200000 Personen.

Die Einigungskonferenz beschloss in diesem Bereich mit 14 zu 12 Stimmen, hier die 19 845 Franken aufzunehmen und sich dem Nationalrat anzuschliessen. Wir legen Ihnen hier somit vor, dass man den Grenzwert für die BVG-Pflicht auf 19 845 Franken festlege. Das ist die eine Differenz.

Die zweite hatten wir bei Artikel 79b. Dort hat der Ständerat eingefügt, dass die Vorsorgeeinrichtungen den Einkauf in das Obligatorium ermöglichen müssen. Das ist heute nicht der Fall. Hier hat der Nationalrat immer daran festgehalten, dass man diese Regelung streicht und beim Entwurf des Bundesrates bleibt, der nichts vorgesehen hatte. Ihr Rat hatte diese Möglichkeit wegen der Altersvorsorge 2020 mit einbezogen.

Als Argument dafür, den Artikel zu streichen, wurde geltend gemacht, dass die Umverteilung grösser würde, was nicht zielführend sei. Wenn man sich ins Obligatorium einkauft, ist der Umwandlungssatz höher. Dieser begünstigt diejenigen, die sich ins Obligatorium einkaufen können. Damit werde auch ein Teil der Vorlage der BVG-Reform torpediert, und es gebe eine erneute Umverteilung, was, wie gesagt, nicht zielführend sei. Einkäufe ins Obligatorium seien wegen des höheren Umwandlungssatzes attraktiver, die Senkung von 6,8 auf 6,0 Prozent würde das nur teilweise abschwächen.

AB 2023 S 270 / BO 2023 E 270

Als Gegenargument wurde geltend gemacht, dass es gerade denjenigen Personen helfe, die man jetzt mit der Reform neu aufnehme, nämlich den Personen mit unteren Einkommen. Diese hätten ja nur die Möglichkeit, sich ins Obligatorium einzukaufen.

In der Einigungskonferenz entschied man sich mit 15 zu 11 Stimmen, dem Nationalrat zu folgen und den Artikel zu streichen. Damit sind beide Differenzen in der Einigungskonferenz bereinigt worden, beide Male zugunsten des Nationalrates: Eintrittsschwelle bei 19 845 Franken und das Streichen von Artikel 79b. Mit 18 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen haben wir der Vorlage zugestimmt. Die Einigungskonferenz legt Ihnen die Vorlage so vor. Gestern hat der Nationalrat mit 106 zu 57 Stimmen bei 24 Enthaltungen die Vorlage aus der Einigungskonferenz angenommen. Jetzt ist es an uns, dies zu tun.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL



Ständerat • Frühjahrssession 2023 • Zwölfte Sitzung • 16.03.23 • 08h15 • 20.089 Conseil des Etats • Session de printemps 2023 • Douzième séance • 16.03.23 • 08h15 • 20.089

Zu den Grenzwerten im BVG: Sie haben gesehen, dass es unterschiedliche Beträge gibt. Die Redaktionskommission wird sich morgen noch dazu äussern. Die Grenzwerte werden jeweils angepasst, z. B. reden wir von 88 200 Franken als oberem Grenzbetrag des Jahreslohns. Sie haben ein Schreiben erhalten. Auf der Fahne stehen beim geltenden Recht immer die aktuellen Beträge, nicht aber bei den Beschlüssen des Rates. Die Redaktionskommission wird diese Beträge in der Schlussfassung anpassen, sodass die aktuellen Beträge stehen.

Ich bitte Sie, der nun bereinigten Vorlage zuzustimmen. Es Iohnt sich. Wir haben lange daran gearbeitet, und viele von uns haben sich für diese Vorlage enorm engagiert. Die Lösung ist ein typisch schweizerischer Kompromiss. Dieser verbessert aber trotz aller Unkenrufe die Rentensituation von vielen Tieflöhnerinnen, Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigten.

Wir, das Parlament, haben den Auftrag erhalten, das BVG zu reformieren. Das haben wir gemacht, und Sie sehen das Resultat vor sich.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

Berset Alain, président de la Confédération: Je crois qu'à l'issue de ces travaux, je ne vais plus beaucoup commenter le résultat en tant que tel de la Conférence de conciliation. Ce sont les derniers compromis qui ont été réalisés dans cette conférence. Ils nous semblent tous deux absolument dans la ligne des travaux que le Parlement a voulu mener pour faire aboutir cette réforme.

Si je prends encore la parole, c'est pour tirer un tout petit bilan chiffré de cette réforme. Vous traitez ce projet depuis bientôt deux ans et demi. Le Conseil fédéral vous a transmis son projet à la fin de l'année 2020. Le Conseil fédéral avait pris de son côté un peu plus de deux ans pour consulter, élaborer un avant-projet, envoyer celui-ci en consultation, préparer le projet pour les chambres. C'est la première fois depuis 2017 que nous avons un projet presque achevé qui concerne le deuxième pilier. Cela a été aussi un très gros travail au Parlement: près de 90 heures de travaux dans les commissions et les conseils.

Vous savez aussi bien que moi que le projet tel qu'il se présente aujourd'hui est assez éloigné du projet d'origine que le Conseil fédéral vous a présenté. Mais, en fait, cela ne pose aucun problème. Je veux dire par là que ce projet, après des travaux aussi approfondis, est vraiment l'expression de la volonté des Chambres fédérales de réformer le deuxième pilier. Dans ce sens, ces travaux et leur résultat méritent le plus grand respect. Il est important maintenant que les travaux se poursuivent, que le projet aboutisse. Comme pour tous les grands projets dans ce domaine, il y aura probablement un débat populaire à ce sujet. J'aimerais rappeler que c'est le seul moyen de faire progresser le débat.

Et il me paraît à la fois sage et raisonnable aujourd'hui de transmettre ce projet au vote final et de le faire aboutir, afin que les institutions fonctionnent et puissent continuer à fonctionner dans ce domaine.

Quant au résultat de 2017, c'était un rejet d'une réforme commune aux premier et deuxième piliers. Le résultat de 2022, c'était une acceptation, même si elle était serrée, voire très serrée, par le peuple d'une réforme du premier pilier. Vu tout le débat qui a été mené par rapport à la réforme du premier pilier, il est nécessaire de présenter aujourd'hui une solution pour le deuxième pilier, ce que vous avez aujourd'hui sur la table.

J'aimerais donc vous inviter à accepter la proposition de la Conférence de conciliation et à accepter évidemment ce projet demain aussi, lors du vote final.

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Wir stimmen über den Antrag der Einigungskonferenz ab. Die Abstimmung ist gemäss Parlamentsgesetz zwingend. Der Antrag der Einigungskonferenz kann nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Lehnt ein Rat den Antrag ab, ist das Geschäft erledigt.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; 20.089/5722) Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 32 Stimmen Dagegen ... 7 Stimmen (3 Enthaltungen)

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.